

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Sport

35. Sitzung
7. Juni 2024

Beginn: 10.02 Uhr
Schluss: 11.39 Uhr
Vorsitz: Scott Körber (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Kristian Ronneburg (LINKE) trägt folgende vorab eingereichte Frage seiner Fraktion vor:

„Welche Kapitel und Titel werden zur Auflösung der PMA in welcher Höhe und mit welcher Begründung im EP 05 herangezogen?“

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) macht darauf aufmerksam, in der roten Nummer 1734 sei dies detailliert aufgeführt.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um nähere Angaben zu den von den Kürzungen betroffenen Zuwendungsprojekten. Wann und in welcher Form würden die Zuwendungsempfänger und der Sportausschuss über die Kürzungen informiert?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) antwortet, eine Information erfolge zu gegebener Zeit.

Karsten Woldeit (AfD) bittet um die Beantwortung folgender Frage seiner Fraktion:

„Wie ist die aktuelle Entwicklung im Rahmen der Sicherheitslage in Vorbereitung zur EURO 2024?“

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) erläutert, in der vergangenen Woche hätten die Bundesinnenministerin und der Innenminister von Nordrhein-Westfalen den aktuellen Stand der Vorbereitungen für die UEFA EURO 2024 vorgestellt. Die Bundesinnenministerin habe die Bedeutung des Turniers in Zeiten der Bedrohung durch äußere Aggressionen und inneren Extremismus betont und der Sicherheit höchste Priorität eingeräumt. Die Bundespolizei werde an allen deutschen Grenzen lageabhängig und flexibel kontrollieren sowie Flughäfen und den Bahnverkehr schützen, um Bedrohungen, wie islamistischen Terror, Hooligans und Cyberangriffe, zu begegnen.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen bei derartigen Sportgroßveranstaltungen seien immens. Das International Police Cooperation Center in Neuss spiele dabei eine zentrale Rolle. Durch internationale Zusammenarbeit und eine Koordinierung der Polizeikräfte solle ein sicheres Umfeld gewährleistet werden.

Das 81. DFB Pokalfinale am 25. Mai 2024 sei als Generalprobe für die UEFA EURO 2024 herangezogen worden. Das hohe Besucheraufkommen an etablierten Fanreffpunkten sei störungsfrei verlaufen. Das Finale habe Gelegenheit geboten, die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure zu testen und notwendige Prozessoptimierungen vorzunehmen. Besonders positiv sei die Funktionalität des temporären Sicherheitsrings am Olympiastadion und die Effizienz der neuen Drohnenabwehrtechnik der Berliner Polizei hervorgehoben worden. Kleinere Optimierungen seien im Host City Operations Center identifiziert worden, das während des Turniers die zentrale Informations- und Kommunikationsdrehscheibe darstellen werde. Das Abbrennen pyrotechnische Erzeugnisse während des Spiels habe Handlungsbedarf bei der Personennachschau durch die Veranstalter und deren Sicherheitsdienste aufgezeigt.

Die Sicherheitsbehörden bereiteten sich seit Jahren auf das Turnier vor und aktualisierten fortlaufend ihre Gefährdungsbewertungen. Das nationale Sicherheitskonzept beschreibe die staatlichen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen. Rund 350 ausländische Polizeikräfte würden während des Turniers in ganz Deutschland eingesetzt. Temporäre Grenzkontrollen würden zur Früherkennung von Gewalttättern durchgeführt. Tausende Rettungs- und Einsatzkräfte seien auf verschiedene Szenarien vorbereitet. Das Bundesamt für Bevölkerungshilfe und Katastrophenschutz sowie das Technische Hilfswerk leisteten Unterstützung.

Karsten Woldeit (AfD) möchte wissen, wie die Sicherheit außerhalb des Stadions, auf der Fanmeile, beim Public Viewing und Ähnlichem, gewährleistet werde.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) antwortet, ihre bereits gemachten Ausführungen bezögen sich auch auf die von Herrn Woldeit angesprochenen Situationen.

Klara Schedlich (GRÜNE) stellt im Namen ihrer Fraktion folgende Frage:

„Die gestern öffentlich gewordene Recherche von CORRECTIV hat beschrieben, dass die Verträge der Host Citys mit der UEFA nahezu identisch sind. Hat auch das Land Berlin der Steuerfreiheit für die UEFA, dem Demonstrationsverbot und dem Tragen des vollen Risikos für die Kosten trotz nicht belastbarer Berechnungen zu Gewinnen – Stadttrendite – zugestimmt?“

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) stellt fest, die Verträge der Host Citys mit der UEFA seien nicht wort-, aber regelungsgleich. Die Steuerverpflichtungen durch die EURO 2024 GmbH liege ausschließlich beim Bund.

Die Turnieranforderungen stünden unter dem Vorbehalt, dass sie der geltenden Rechtsordnung des Ausrichterlands nicht widersprächen. Die vom Land Berlin abgegebenen Garantieerklärungen, insbesondere das Host City Undertaking, stellten sicher, dass die Veranstaltung im Rahmen des geltenden Rechts durchgeführt werde. Die zahlreichen Anforderungen, die den Bewerberstädten seitens der UEFA gestellt worden seien, dienten dem Hauptzweck, das Fußballturnier reibungslos und friedlich durchzuführen. Mit den Verpflichtungserklärungen des Landes Berlin gegenüber der UEFA würden keine Zusagen getätigt, die das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit einschränkten oder genehmigungsbehördliches Handeln außerhalb geltenden Rechts erforderten. Mögliche Grundrechtseinschränkungen ergäben sich gegebenenfalls erst aus der Interessenabwägung im Zuge der Genehmigungsverfahren zur Nutzung öffentlichen Straßenlands. Hierbei würden die Veranstaltungen im Rahmen der UEFA EURO 2024 in Berlin genauso behandelt wie alle anderen Veranstaltungen, für die eine Sondernutzung öffentlichen Straßenlands beantragt werde. Hieraus abgeleitete, getroffene oder noch zu treffende versammlungsrechtliche Regelungen bezögen sich zudem ausschließlich auf die unmittelbar im Zusammenhang mit der UEFA Euro 2024 genutzten Veranstaltungsflächen, beispielsweise das direkte Umfeld des Olympiastadions, und stützten sich zudem auch noch auf das bestehende Hausrecht, zum Beispiel des Stadionbetreibers, sowie auf weitere sicherheits- und ordnungsrechtliche Aspekte.

An den Orten, die im Wege der Sondernutzung als Veranstaltungsfläche genutzt würden, könne es zu Einschränkung der Versammlungsfreiheit kommen. Die Polizei Berlin werde anhand der konkreten Umstände im jeweiligen Einzelfall prüfen, ob und inwieweit die Durchführung der Versammlung am jeweiligen Ort und im beabsichtigten Zeitraum möglich sei. Gegebenenfalls werde im Rahmen von Kooperationsgesprächen zwischen der Polizei und der Versammlungsleitung eine örtliche Verlegung und zeitliche Begrenzung der Versammlung besprochen. Im Einzelfall könne eine solche auch mittels versammlungsrechtlicher Beschränkung gemäß § 14 Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin in Betracht kommen. Das hänge jedoch stets vom Einzelfall ab. Eine entsprechende Entscheidung treffe die Versammlungsbehörde der Polizei Berlin. Dem Senat seien keine versammlungsrechtlichen Einschränkungen bekannt. In der Menschenrechtserklärung der UEFA EURO 2024 werde die Bedeutsamkeit der Meinungsfreiheit hervorgehoben und betont, dass mögliche Beeinträchtigungen dieses Rechts so gering wie möglich zu halten seien.

Klara Schedlich (GRÜNE) schließt aus den Ausführungen der Staatssekretärin, es werde kein pauschales Demonstrationsverbot oder Bannmeilen im Rahmen der UEFA EURO 2024 geben. Seien die Kriterien für Einzelfallprüfungen Teil des Vertrags mit der UEFA?

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) verweist auf ihre zuvor gemachten Ausführungen und bietet eine schriftliche Beantwortung der Nachfrage an.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, die Aktuelle Viertelstunde sei damit beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Versorgung mit Wasserzeiten und -flächen in
Berlin: Situation allgemein und zum Start der
Freibadsaison**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0109](#)
Sport

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1439
**Anhebung der Wassertemperatur in Berliner
Schwimmhallen auf 28°C**

[0105](#)
Sport
Haupt

Karsten Woldeit (AfD) erinnert daran, im Jahr 2022 sei die Wassertemperatur in den Schwimmhallen aufgrund von Energiesparmaßnahmen von 28 auf 26 Grad Celsius abgesenkt worden. Das habe in einigen Fällen zu Muskelkrämpfen bei Nutzenden und zu Mitgliederverlusten in Schwimmvereinen geführt, und die Wassergewöhnung von Kindern sei erschwert worden. Seine Fraktion fordere deshalb die Wiederanhebung der Wassertemperatur.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) stellt fest, die Kosten für fossile Energieträger seien weiterhin hoch und stellten insofern eine Herausforderung für die Berliner Bäder-Betriebe dar. Gemeinsam mit dem Senat hätten sich die Bäder-Betriebe deshalb darauf verständigt, die Temperatur ausschließlich in den Sportbecken der Hallenbäder weiterhin auf 26 Grad Celsius zu beschränken. Das liege innerhalb der in den Richtlinien des Koordinierungskreises Bäder empfohlenen Bandbreite. Außerdem bewege man sich damit im Rahmen dessen, was Verbände bundesweit für das sportliche Schwimmen als angemessen betrachteten. Gesundheitliche Gefahren entstünden dadurch nicht. Die Maßnahme diene der Energieeinsparung und damit der Kostensenkung.

Der in der Begründung des Antrags genannte Ostring Berlin e. V. trainiere in der Schwimmhalle Sewanstraße. Da das Schwimmer- und Nichtschwimmerbecken in dieser Halle über einen gemeinsamen Wasserkreislauf verfügten, sei eine separate Temperaturerhöhung nur einem Becken dort nicht möglich.

Dennis Buchner (SPD) kündigt die Ablehnung des Antrags durch seine Fraktion an. Aus dem Vortrag der Staatssekretärin sei deutlich geworden, dass es in Berlin genügend Möglichkeiten gebe, in Becken mit höherer Temperatur zu schwimmen. Derzeit halte er es nicht für vertretbar, einen zweistelligen Millionenbetrag auszugeben, um eine generelle Wassertemperatur von 28 Grad Celsius anzubieten.

Frank-Christian Hansel (AfD) betont, dass Wassertemperaturen unter 28 Grad Celsius eine Beeinträchtigung darstellten. Es mangle nicht an Geld, sondern dies werde nur nach falschen Prioritäten ausgeben. Hinzu komme, dass die Energiepolitik in Deutschland falsch sei.

Der **Ausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1439.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache 19/1690

**Steglitz-Zehlendorf nicht auf dem Trockenen sitzen
lassen – Baden im „Spucki“ wieder ermöglichen!**

[0111](#)

Sport

Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) fordert den Senat im Namen seiner Fraktion auf, sich dem Sanierungsbedarf in vielen Berliner Bädern zu stellen. Der Antrag seiner Fraktion beziehe sich speziell auf das Sommerbad Lichterfelde. Die Berliner Bäder-Betriebe hätten die Sanierung des Bades zwar angemeldet, aber es seien dafür keine Gelder in den Haushalt 2024/2025 eingestellt worden. Für die reine Wiederherstellung des Badebetriebs würden zirka 900 000 Euro benötigt, für eine umfassende Sanierung des Bades inklusive Saunalandschaft hingegen 5 Millionen Euro. Seiner Fraktion gehe es um eine kurz- bis mittelfristige Perspektive für das Bad, also um eine Zurverfügungstellung des Außenbeckens. Das sei auch im Hinblick auf geplante Sanierungsmaßnahmen in anderen Bädern in der Region erforderlich, nämlich in der Schwimmhalle Finckensteinallee, im Sommerbad am Insulaner und im Stadtbad Lankwitz. Außerdem sei eine Wiederinbetriebnahme des Stadtbades Steglitz nicht absehbar.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) teilt mit, eine Wiedereröffnung des Sommerbads Lichterfelde sei aus finanziellen Gründen nicht möglich. Aufgrund des eng bemessenen Zuschusses sei eine Sanierung in der strategischen Vorhabenplanung der Bäder-Betriebe für die Jahre 2023 bis 2028 nicht vorgesehen.

Um das Bad erneut verpachten zu können, seien Gesamtinvestitionen von über 5 Millionen Euro erforderlich. Bei einer Wiederherstellung des reinen Badebetriebes, also ohne Gebäude und Sauna, müsse der Schwebetrieb in Eigenregie der Bäder-Betriebe stattfinden. Das erscheine auch angesichts der knappen Personalkapazitäten kaum möglich. Bei den erwähnten 900 000 Euro handele es sich zudem um eine Kostenschätzung aus dem Jahr 2023. Der Betrieb des Sommerbades Lichterfelde sei mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden, denen eine kleine Wasserfläche und geringe Einnahmen gegenüberstünden. Die Besucherzahlen seien bereits vor Beginn der Coronapandemie stark rückläufig gewesen, nämlich von 68 522 im Jahr 2018 auf 14 571 im Jahr 2019.

Die Vorhabenplanung der Bäder-Betriebe ab dem Jahr 2028 führe Bäder mit Sanierungsbedarf auf, deren Zeithorizont jenseits der vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommenen Mittelfristplanung liege. Dazu zählten auch die von Herrn Ronneburg erwähnten Teilsanierungsbedarfe für das Sommerbad am Insulaner, die Schwimmhalle Finckensteinallee sowie die Grundsanierung des Stadtbads Lankwitz. Das diene aber in erster Linie der Dokumentation der Sanierungsbedarfe. Die angegebenen Jahreszahlen seien so zu verstehen, dass die Sanierungen nicht vor 2029 anstünden. Ob danach eine Sanierung möglich sei, sei derzeit noch nicht absehbar.

Dennis Buchner (SPD) bittet zu bedenken, es handele sich beim Sommerbad Lichterfelde um eine relativ große Saunalandschaft mit einem eher kleinen Außenbecken, das nur im Sommer als Freizeitbad genutzt werden könne. Das Bad sei verpachtet gewesen, umfangreichere Investitionen seien unterblieben, und aus verschiedenen Gründen sei das Bad nicht mehr gut angenommen worden. Es entspreche also nicht dem, was üblicherweise unter Daseinsvorsorge verstanden werde. Angesichts begrenzter öffentlicher Finanzmittel halte er es derzeit nicht für vertretbar, das Bad umfassend wiederherzustellen. Stattdessen müssten Wege gefunden werden, den Standort zu sichern, ohne dafür nennenswerte Steuermittel auszugeben. Der Antrag der Linksfraktion werde deshalb abgelehnt.

Kristian Ronneburg (LINKE) hat in den Ausführungen der Staatssekretärin eine Perspektive für das Sommerbad Lichterfelde vermisst. Er habe die Stellungnahme so verstanden, dass das Bad dem Verfall preisgegeben werde. Wie stelle sich die Regierungskoalition die Finanzierung einer Sanierung vor, wenn nicht aus dem Landeshaushalt? Auch die zuständige Sportstadträtin aus Steglitz-Zehlendorf appelliere, eine Lösung für den Erhalt des Bades zu finden.

Ariturel Hack (CDU) stellt klar, das Sommerbad Lichterfelde sei für seine Fraktion von besonderer Bedeutung. Es würden Modelle geprüft, um mittelfristig eine nachhaltige Lösung ohne den Einsatz öffentlicher Gelder herbeizuführen.

Dennis Buchner (SPD) betont, nicht alles, was wünschenswert sei, könne auch aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Es müssten immer Prioritäten gesetzt werden, und dabei hätten Bäder, die der Daseinsvorsorge und dem Schul- und Vereinsschwimmen dienten, Vorrang. Dennoch gelte die Aussage seines Vorredners, dass nach Lösungen für den Erhalt des Standorts gesucht werde.

Kristian Ronneburg (LINKE) beantragt, heute nicht über den Antrag abzustimmen, sondern ihn zu vertagen und nach der Sommerpause wieder aufzurufen, um noch einmal über die angekündigte Lösungssuche zu sprechen.

Dennis Buchner (SPD) weist darauf hin, seine Fraktion werde dem Antrag auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht zustimmen.

Der **Ausschuss** vertagt den Antrag Drucksache 19/1690.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Klara Schedlich (GRÜNE) bittet, die heute von Staatssekretärin Becker angekündigten schriftlichen Informationen bis zur nächsten Ausschusssitzung aufzuliefern.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) sagt dies zu.

Im Übrigen siehe Beschlussprotokoll.